

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 67 (1987)
Heft: 7-8

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Parzellierte Politik

Noch selten hat sich das Parteienspektrum vor eidgenössischen Wahlen so buntscheckig präsentiert wie dieses Jahr. Die «grüne Welle» hat uns gleich ein ganzes Bündel von organisierten Gruppen beschert, die ihr Glück nun mit eigenen Kandidatenlisten versuchen wollen. Gewissermassen als extremes Gegengewicht hat sich sodann eine «Auto-Partei», die ursprünglich als blosser Interessengemeinschaft ohne eigentlichen Parteicharakter gedacht war, ebenfalls mit eigenen Listen in den Wahlkampf eingeschaltet.

Nun ist eine solche Entwicklung keineswegs völlig neuartig. Unser Wahlrecht nach dem Proporzsystem ist im Gegenteil bewusst darauf angelegt, auch kleinen Gruppierungen den Einzug in unsere Parlamente zu ermöglichen. Das Besondere an der gegenwärtigen Konstellation liegt vielmehr darin, dass all diese neuen Parteien oder parteiähnlichen Bewegungen gewissermassen unter «monocoloren» Flaggen in den Wahlkampf steigen: Sie haben im Prinzip nur ein Thema, den Umweltschutz oder das Auto, das es vor seinen Verketzern zu schützen gilt. Die gesamtpolitische Optik, der bisher auch für die allermeisten kleinen Parteien selbstverständliche Versuch, eine politisch-gesellschaftliche Gesamtschau zu präsentieren, scheint mehr und mehr in den Hintergrund zu rücken.

Diese Tendenz prägt sich übrigens auch ausserhalb der «Mono-Parteien» immer stärker aus. Verschiedene Par-

teien und Medien kaprizieren sich auf «Tarife», in denen das Verhalten der einzelnen Parlamentarier in teilweise willkürlich ausgewählten einzelnen Abstimmungen gepunktet und damit zu einem «Urteil» verarbeitet wird, das in seiner Einseitigkeit einer Glorifizierung der «Linientreuen» und gleichzeitig einer Diffamierung all jener gleichkommt, die weder in den pauschalen und oft völlig unrealistischen Empfehlungen der Umweltorganisationen, noch in den ideologischen Vorgaben der Linken das absolute Heil dieser Welt zu erkennen vermögen.

Eine solche Art der rein punktuellen Betrachtung und Bewertung politischen Handelns wird darüber hinaus selbst im Mitgliederkreis grosser bürgerlicher Regierungsparteien immer spürbarer. Die Parolen zur UN-Abstimmung beispielsweise provozierten nicht nur scharf formulierte briefliche Rügen an Parteileitungen und Parlamentarier — und zwar sowohl wegen Ja- wie wegen Nein-Parolen —, sondern führten sogar zu spontanen Austritten. Auch andere, vielfach wesentlich geringer zu gewichtende Entscheidungen lösen immer wieder Reaktionen «tiefer Enttäuschung» aus, die selbst engagierte Parteimitglieder in die offen deklarierte «innere Emigration» oder gar ins formelle Abseits treiben.

Hier zeichnet sich eine Art von thematischer Parzellierung oder gar Atomisierung der Politik ab, die nicht von gutem sein kann. Politik bedeutet

Kampf um die Ordnung des Gemeinwesens, und zwar in ihrer Gesamtheit. Die moderne Gesellschaft ist in ihrer Struktur zu differenziert, als dass sie in der politischen Ausmarchung über einen einzigen thematischen Leisten geschlagen werden könnte. Eine öffentliche Ordnung setzt sich aus verschiedensten Elementen zusammen, die von einer Politik, welche diesen Namen verdient, alle im Auge behalten werden müssen.

Natürlich ist es das gute Recht des Bürgers, auch einmal einseitig zu sein oder die Prioritäten anders zu setzen

als seine Partei oder die von ihm gewählten Parlamentarier. Differenzen in Sachfragen sollten aber nicht umgehend in apodiktische Verurteilungen mit Aufkündigung des Vertrauens umschlagen. Sonst wird etwas Entscheidendes der demokratischen Staatsform zerstört: der permanente Dialog, der davon ausgeht, dass auch der Andersdenkende vielleicht nicht zum vorneherein ganz unrecht hat, dass auch ihm der gute Wille zugestanden werden muss, die freiheitliche Ordnung des Gemeinwesens so gut als möglich auszugestalten.

Richard Reich

Selbstverschuldete Arbeitslosigkeit

In der Gesellschaft der Industrienationen ist die Schweiz bekanntlich eine Insel der Vollbeschäftigung. Es ist nicht ganz leicht, dieses Phänomen schlüssig zu erklären — und es soll dies hier auch gar nicht versucht werden. Einigkeit besteht in den Wirtschaftswissenschaften hingegen darüber, dass in Ländern mit hoher Unterbeschäftigung ein wesentlicher Teil dieses deplorablen Zustandes auf eine *Überreglementierung* des Arbeitsmarktes zurückgeführt werden kann. Die Arbeitsmarktgesetze stellen im Kern *Sozialschutznormen* dar, die, im Übermass erlassen, die fatale Eigenschaft haben, zwischen denjenigen, die Arbeitsplätze besitzen, und jenen, die beschäftigungslos sind, zu diskriminieren. Auf der einen Seite privilegieren sie die im Arbeitsprozess Integrierten, auf der andern Seite verschlechtern sie aber gleichzeitig die Wettbewerbs- und Einkommens-

chancen der Diskriminierten. Die Arbeitsrechte schlagen sich auf der Unternehmensebene in Form von substantiellen Kosten nieder — und lösen deshalb entsprechende Anpassungsprozesse aus. Wird der Bestandeschutz von Arbeitsverhältnissen wesentlich stärker ausgebaut als derjenige für Ehen — so hat kürzlich Prof. B. Rüthers von der Universität Konstanz sarkastisch festgehalten —, dann darf man sich nicht wundern, wenn der Neuabschluss eines Arbeitsvertrages ähnlich gründlich geprüft wird wie das Eingehen einer Ehe. Ähnlich verhält es sich, wenn der Gesetzgeber das Drachenfliegen zum Arbeitgeberrisiko erklärt; die Arbeitsmarktchancen dieser Sportler sinken dramatisch.

Welche Folgerung ist aus dieser Problematik zu ziehen? Die Systemverträglichkeit von arbeitsrechtlichen Schutznormen ist an ihren *Kostenfol-*

gen zu beurteilen. Im Brennpunkt stehen deshalb die potentiellen Kosten eines überzogenen Kündigungsschutzes, unangemessener Lohnfortzahlungsansprüche, missbrauchsanfällige Normen beim Krankheitsschutz oder, wie etwa in der Bundesrepublik Deutschland, Urlaubsansprüche bei ganzjähriger Krankheit. Ein überdimensionierter Sozialschutz kann die Beschäftigungsmöglichkeiten negativ beeinflussen — und wird damit selbst in hohem Masse *unsozial*.

In ökonomischen Begriffen ausgedrückt handelt es sich um *Transaktionskosten*. Eine beschäftigungsfreundliche Arbeitsmarktpolitik müsste sich deshalb darum bemühen, eine Rechtssituation herzustellen, welche die Transaktionskosten beim Abschluss von Arbeitsverträgen senkt. Sie sollte darauf achten, dass zwischen den Vertragsparteien ein Verhandlungsraum geöffnet wird, der es erlaubt, dispositives Recht an die Stelle von zwingenden Normen zu setzen.

Ins gleiche Kapitel gehören auch

Tariflöhne, die die Tendenz haben, wesentlich über jenes Gleichgewichtslohniveau zu steigen, das bei marktwirtschaftlichen Verhältnissen bzw. flexibleren Lohnverhandlungsmöglichkeiten zustande kommen würde. Sie wandeln sich unter solchen Bedingungen nämlich zu *Mindestlöhnen*, die — darüber besteht in den Wissenschaften ebenfalls kein Zweifel — unerwünschte Beschäftigungswirkungen auslösen.

Die Schweiz hat in dieser Beziehung vergleichsweise zu andern Ländern noch relativ weniger schlechte Verhältnisse. Sie sollte allerdings darauf bedacht sein, diesen komparativen Kostenvorteil nicht mutwillig aus den Händen zu geben. Wer arbeitnehmerfreundlich — und damit sozial — argumentiert, lässt deshalb bei der Frage der Einführung neuer punktueller Schutznormen mit arbeitsrechtlicher Relevanz einige Vorsicht walten. Nicht alles, was in der Politik unter dem Titel Sozialpolitik angeboten wird, ist tatsächlich auch sozial.

Willy Linder

«Hoch Gorbatschow!»

«Es ist eine bekannte Tatsache, dass russische Emigranten es lieben, den Westen zu belehren, wie er sich gegenüber der Sowjetunion zu verhalten habe. Solche Ratschläge kann ich nicht erteilen. Je länger ich im Ausland lebe, desto schwerer fällt es mir, die sowjetischen Angelegenheiten zu beurteilen. Ich kann nur empfehlen, sich nicht allzusehr für diesen planierten Reform- und Friedenswillen zu begeistern, solange es sich nur um Phrasen handelt, die mit den Realitäten nicht

übereinstimmen. Und eine Realität ist, dass die Sowjetunion zu den stärksten Militärmächten der Welt gehört.»

(Boris Chasanow, in der Sowjetunion Landarzt und Übersetzer, seit 1982 in der Bundesrepublik. Herausgeber der Zeitschrift «strana i mir» [Das Land und die Welt], zitiert nach «Rheinischer Merkur», 29. Mai 1987.)

Junge Berliner, die von der Volkspolizei gehindert wurden, sich ein West-

berliner Rockkonzert wenigstens in grösserer Nähe zur Mauer anzuhören, riefen herausfordernd «Hoch Gorbatschow!». Aus Polen, aus Ungarn wird Zustimmung zum sowjetischen Generalsekretär und seiner Forderung nach Offenheit bekannt, während die Regierenden der DDR, der Tschechoslowakei und der Selbstherrscher Rumäniens den Ruf nach «glasnost» überhören und auf eigene Leistungen wie auf Besonderheiten des nationalen Wegs pochen — Welch letzteren die Europäer des Warschauer Paktes nicht aus freien Stücken gewählt haben...

Jaruselski hat vor dem Russen die politischen Häftlinge amnestiert. Zunehmend treten polnische Intellektuelle wieder ins öffentliche Leben ein. Heute kann der General des «Kriegszustands» schon eher mit Kadar als mit Husak verglichen werden. Die Polen und die Ungarn verlieren die Angst vor der interventionsbereiten repressiven Imperialmacht — doch die Regierenden nicht ganz, denn um materielle Anreize und nicht nur aufmunternde und mahnende Worte zu geben, braucht Gorbatschow die stärkere wirtschaftliche Einbeziehung der Partner — auf Kosten ihrer Zugehörigkeit zum «Haus Europa».

Die Schriftsteller atmen auf

Die sowjetischen Intellektuellen, vor allem die Schriftsteller, die Medienschaffenden, offenbar auch die Wissenschaftler sind die ersten — bisher einzigen? — Nutzniesser der «glasnost». Da sie es sind, die auf die Weltöffentlichkeit wirken, hat ihre neue Zuversicht internationale Wirkung. Wer wollte auch abstreiten, dass hier Bedeutsames geschehen ist?

Noch vor zwei Jahren tadelte ein sowjetischer Kulturfunktionär in einem Genfer Kolloquium am Europäischen Institut einen Slawisten, der von russischen Schriftstellern der Heimat und der Emigration gesprochen hatte, als könne — protestierte der Apparatschik — irgendeine Gemeinsamkeit zwischen einem Sowjetmenschen und einem Feind bestehen.

Jetzt, im April, sassen in der Washingtoner «Library of Congress» russische Schriftsteller aus Moskau, New York, Paris beisammen in öffentlichem Gespräch: vom Westen Siniawski, Etkind, Brodski, aus Moskau Bitow und Tschuchonzew. Efim Etkind berichtete über neue Romane, die tiefe Nöte und Entmenschlichung in der Gesellschaft blosslegten und über die Heimkehr in ihren verfeimten Werken von Gumilow, Pasternak, Wladimir Nabokow und anderen.

Wenn der Schriftsteller Bondarew gegen diese neue Offenheit als Nestbeschmutzung protestiert, so ist gerade dieser Umstand positiv zu bewerten. Einstimmigkeit im Zeichen grösserer Freiheit ist verdächtig; es ist Mut auf höheren Befehl, dem Urteil des Historikers Kljutschewski über Peter den Grossen zu vergleichen: «Er will, dass die Sklaven Sklaven bleiben, aber zugleich wie verantwortungsvolle freie Menschen handeln.»

Allerdings fällt auf, dass lebende Schriftsteller der Emigration nicht verlegt werden und unter Werken von Verstorbenen nicht der weltberühmte Roman «Leben und Schicksal» von Wassily Grossmann, der nicht emigrierte. Im Grund handelt es sich um die Erweiterung von «Toleranzen», die es schon vorher gab, was nicht heisst, dass der Fortschritt zu unterschätzen

wäre. Immerhin unterliegt das Wort «Zensur» noch der Zensur.

«Wahrlügen»

Louis Aragons Ausdruck des «*mentir vrai*» ist — allerdings anders verstanden — am Platz. Der Generalstaatsanwalt, der die weitverbreitete Rechtlosigkeit anprangert, der GPU-Chef, der Machtanmassungen von Geheimpolizisten verurteilt, die Armeeführung, die über Gesundheitszustand und Stimmung der Rekruten katastrophale Meldungen verbreitet — sagen alle diese Verantwortlichen endlich, was sie bisher zu ihrem Leidwesen nicht aussprechen durften, oder folgt diese Selbstkritik einer Weisung des Ersten Mannes? Schon Stalin rief unermüdlich nach Selbstkritik — als «Waffe gegen die Anmassung der Bürokratie».

Wäre den Volkskommissaren nicht wohlher, wenn ihnen morgen nach einer neuen Wende solche Übungen wieder erspart blieben? Anders gesagt: Ist ein «*point of no return*», ein Zustand der Unumkehrbarkeit erreicht?

Wer so fragt, wird heute von manchen beschuldigt, er könne und wolle aus Vorurteil oder wegen besonderer Interessen einen Wandel nicht wahrnehmen, auf ein dem Westen notwendiges und liebgewordenes Feindbild nicht verzichten. Doch mit solchen rhetorischen Erpressungen ist das Problem nicht abgetan.

Die Amnestie

Wie steht es mit den Haftentlassungen? Sie sind vor allem solchen zugute gekommen, deren Fall im Westen

immer wieder genannt wurde. Der Tod von so bekannten Protestlern wie des ukrainischen Schriftstellers Stus und Anatoly Martschenkos mag den Entschluss zur Amnestie gefördert haben. Sie kamen zufolge Sacharows Schätzung etwa einem Drittel der Häftlinge in Gefängnissen, Lagern, psychiatrischen Anstalten zugute — es gab seither neue Verurteilungen, insbesondere von Baptisten, und nach anderen Quellen ist die Zahl der Gewissenshäftlinge wesentlich höher — und solchen, deren Haftzeit beinahe abgelaufen war, wie «*Est et Ouest*» im Aprilheft nachgewiesen hat. Der entbannte Sacharow — sein im Westen schon kommentiertes Interview in der «*Literaturnaya Gazeta*» ist nie erschienen — fürchtet, mehr an Amnestie sei nicht zu erwarten.

Was tun?

Verschärfung oder Milderung des Regimes der Sowjetunion hingen bisher — während siebzig Jahren also — nie davon ab, wie die Aussenwelt darauf reagierte. Es waren immanent system- und krisenbedingte Vorgänge. Die grosse Öffnung auf die Volksfront und die Moskauer Schauprozesse der dreissiger Jahre fanden gleichzeitig statt. Ebenso waren die Jahre der «*Détente*» keine Zeit verminderter sowjetischer Rüstungsanstrengungen.

Muss die westliche Aussen- und Sicherheitspolitik davon abhängig gemacht werden, wie sie sich auf Gorbatschows Reformen auswirken könnte? Würde eine massive technologische Hilfe diese einschneidenden Reformen fördern oder sie als überflüssig erscheinen lassen? Jean-François Revel schreibt über dieses

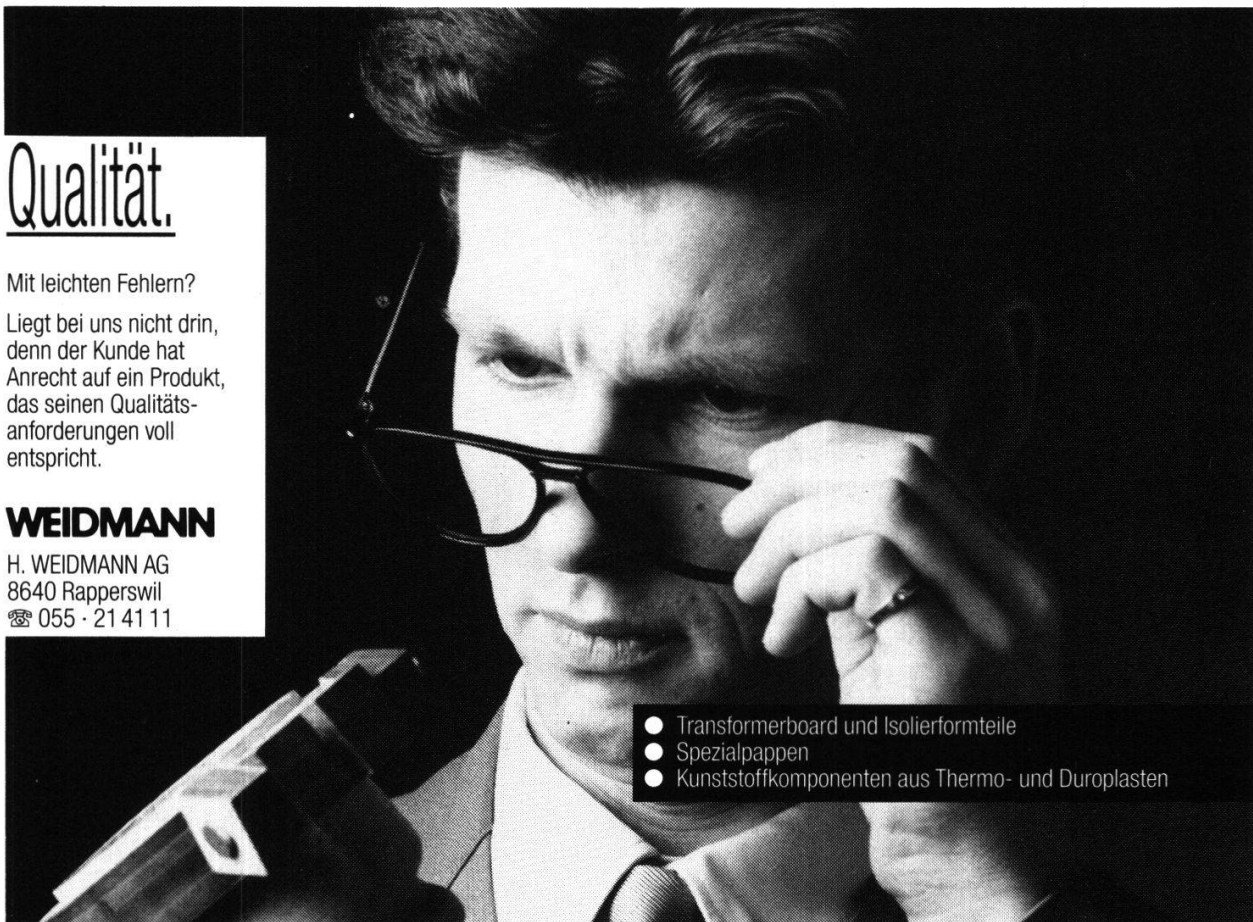
angebliche «Junctim»: «Wir sollen also Gorbatschows Innenpolitik besorgen, dafür macht er unsere Aussenpolitik».

François Bondy

«In einer schwierigen und unruhigen Lage tritt das afghanische Volk in eine neue Lebensphase ein. Der unerklärte Krieg, der gegen dieses Volk entfesselt worden ist, hat nicht aufgehört, und der Anschlag auf die Freiheit der Afghanen und auf ihr legales Recht, sich eine eigene Gesellschaft entsprechend den am Ende des 20. Jahrhunderts herrschenden Bedingungen zu schaffen, dauert an. Immer noch werden Banden von Terroristen auf sein Territorium geschickt. Diese

Terroristen erhalten in immer grösserem Umfang immer perfektere Waffen. Ihre Anführer werden in den westlichen Hauptstädten gefeiert. Internationalen Organisationen werden ungesetzliche Diskussionen über rein innere Angelegenheiten der Demokratischen Republik Afghanistan aufgezwungen (...) Das Verstehen der Tatsache, dass der Fortschritt der national-demokratischen Revolution im Interesse des Volkes liegt, dringt allmählich in die Herzen und in den Verstand der Afghanen ein.»

(Aus einer Rede Michail Gorbatschows, des ersten ausgebildeten Juristen seit Lenin an der Spitze der Partei, gehalten am 12. Dezember 1986 [nach Europa-Archiv vom 10. Mai 1987, Dokumente].)



Qualität.

Mit leichten Fehlern?
Liegt bei uns nicht drin, denn der Kunde hat Anrecht auf ein Produkt, das seinen Qualitätsanforderungen voll entspricht.

WEIDMANN

H. WEIDMANN AG
8640 Rapperswil
☎ 055 · 21 41 11

- Transformierboard und Isolierformteile
- Spezialpappen
- Kunststoffkomponenten aus Thermo- und Duroplasten